

Antworten auf die Wahlprüfsteine für den Deutschen Kunstrat anlässlich der Bundestagswahl 2021



1. Unterstützen Sie die Schaffung eines Bundeskulturministeriums und die Verankerung des Staatsziels Kultur im Grundgesetz? Wie werden Sie die kulturelle Infrastruktur auch auf Landes- und kommunaler Ebene unterstützen, um in der Fläche kulturelle Vielfalt zu gewährleisten?

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, auch welch dünnem Eis der Kulturbetrieb steht. Von einem Tag auf den anderen gerieten Künstler*innen, Kreative und Kultureinrichtungen in existenzielle Nöte. Neben einer angemessenen Vergütung und sozialen Absicherung der Kulturschaffenden brauchen wir deshalb eine (Wiederaufbau-)Strategie, mit der die Kommunalfinanzen als Grundlage für die kulturelle Infrastruktur gestärkt werden. Darüber hinaus wollen wir GRÜNE das Zuwendungsrecht so reformieren, dass Kultureinrichtungen leichter Rücklagen für Notsituationen bilden können, mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen sowie einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung einrichten und so Kulturorte langfristig absichern. Perspektivisch wollen wir ein Sonderprogramm „Kulturraumschutz“ umsetzen. Wir setzen uns für ein Staatsziel Kultur ein. Ein Bundeskulturministerium finden wir GRÜNE dann sinnvoll, wenn es die unterschiedlichen Zuständigkeiten im Bereich Kultur in den verschiedenen Ministerien (Außen, Wirtschaft, Innen...) bündelt.

2. Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um die Einkommen von Kunstschaffenden zukunftssicherer zu gestalten? Wie wollen Sie eine konsequente und faire Vergütung aller künstlerischen Leistungen sicherstellen? Was wollen Sie gegen den Gender Pay Gap unternehmen?

Die Corona-Krise hat wie ein Kontrastmittel gezeigt, unter welchen prekären Bedingungen viele Soloselbstständige leben und arbeiten. Wir GRÜNE wollen Solo-Selbstständige in der Kultur- und Medienbranche besser sozial absichern und vergüten. Dafür fordern wir ein „Existenzgeld“ für die Zeit der Pandemie, Mindesthonorare für Selbstständige, einen leichteren Zugang zu den Versicherungssystemen sowie eine solidarische Bürgerversicherung und eine Garantierente. Kulturschaffende müssen angemessen an den Gewinnen der großen digitalen Plattformen beteiligt werden. Außerdem wollen wir verhindern, dass jemand wegen der Folgen der Pandemie aus der Künstlersozialkasse fällt. Bei der Besetzung von Intendanten, bei staatlich geförderten Kulturbetrieben, bei der Vergabe von Stipendien und in Jurys werden wir eine Quote einführen. Damit wird die Entgeltlücke zwischen Frauen und Männern schrumpfen. Außerdem setzen wir uns für höhere Mindestlöhne, gleichen Lohn für die gleiche und gleichwertige Arbeit sowie die Einführung eines effektiven Entgeltgleichheitsgesetzes mit einem wirksamen Verbandsklagerecht ein.

3. Unterstützen Sie die Nachschärfung des Gesetzes zur Grundrente u. a. durch Absenkung des erforderlichen Mindesteinkommens? Wie wollen Sie künftig Kunst- und Kulturakteur*innen stärker gegen Einkommensausfall absichern? Unterstützen Sie den Beibehalt des erleichterten Zugangs zur Grundsicherung?

Wir GRÜNE wollen die Grundrente zu einer Garantierente weiterentwickeln, in der es keinen Mindestbeitrag gibt. Anspruch auf Garantierente sollen alle Menschen haben, die 30 Jahre in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben.

Kunst- und Kulturakteur*innen wollen wir besser gegen Einkommensausfälle absichern, indem wir die Arbeitslosenversicherung an die soziale Wirklichkeit von Selbstständigen anpassen. Dafür muss der Zugang zur freiwilligen Arbeitslosenversicherung für Selbstständige ausgebaut, bezahlbar, gerechter ausgestaltet und für alle Selbstständigen geöffnet werden. Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbstständige ermöglichen.

Den vereinfachten Zugang zur Grundsicherung wollen wir beibehalten. Im Zuge der Weiterentwicklung zur GRÜNEN Garantierente sollen die Regelsätze Schritt für Schritt auf ein existenzsicherndes Niveau angehoben, die Vermögensprüfung durch eine Selbstauskunft ersetzt, Sanktionen komplett abgeschafft, die Bedarfsgemeinschaft schrittweise überwunden und die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessert werden.

4. Wie wollen Sie das Wegbrechen regionaler Kultur angesichts leerer Kassen verhindern? Wie werden Sie Förderstrukturen für Bildende Kunst sichern? Wie kann der Aufwand für ehrenamtliches Engagement angemessener ausgeglichen werden? Wie kann Kunst im öffentlichen Raum stärker sichtbar werden?

Wir setzen uns für eine nachhaltige (Wiederaufbau-)Strategie ein, mit der die Kommunalfinanzen als wichtige Grundlage für die kulturelle Infrastruktur gestärkt werden. Außerdem wollen wir mehr Kooperationen zwischen Bund, Ländern und Kommunen ermöglichen und einen Fonds zum Schutz von Kultureinrichtungen vor Verdrängung und Abriss einrichten, um damit Kulturorte langfristig abzusichern. Dabei sollen auch die bestehenden Förderstrukturen für Bildende Kunst gestärkt werden. Auch hier werden wir auf eine gendergerechte Förderung achten. Ehrenamtliches Engagement wollen wir GRÜNE stärker anerkennen und dazu die Belastungen für Engagement und Ehrenamt abbauen. Dazu bedarf es einer "Entbürokratisierungsoffensive": Wir wollen das Gemeinnützigkeitsrecht grundlegend reformieren und starre Regelungen (z.B. bei der zeitnahen Mittelverwendung) an die Realität von Engagierten anpassen. Unsere Vorschläge dazu finden Sie in einem Antrag der Bundestagsfraktion von 2019 (<https://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/102/1910223.pdf>). Kunst im öffentlichen Raum wollen wir gerade angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung des öffentlichen Raums stärken. Mehr Sichtbarkeit kann z.B. durch digitale Datenbanken oder mehr interaktive Elemente geschaffen werden.

5. Werden Sie sich auf Bundes-, Länder- & europäischer Ebene für den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für den gesamten Kunsthandel einsetzen? Unterstützen Sie Steuerfreibeträge für Kunstkäufe von Privaten? Unterstützen Sie Maßnahmen zur steuerrechtlichen Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit? Wenn ja, welche?

Kulturelle Vielfalt ist für eine offene Gesellschaft unverzichtbar. Wir GRÜNE wollen grundsätzlich weniger Ausnahmen bei der Umsatzsteuer. Insbesondere bei Lebensmitteln, dem öffentlichen Personennahverkehr und auch der Kultur sollte es nach unserer Auffassung aber Ermäßigungen geben. Für weitere steuerliche Vorteile beim Kauf von Kunstgegenständen sehen wir grundsätzlich keinen Bedarf, insbesondere, da Gewinne aus dem Verkauf von Kunstgegenständen im privaten Bereich nach Ablauf einer einjährigen Spekulationsfrist ohnehin nicht der Einkommensteuer unterliegen.

Wir wollen persönliches Engagement für alle ermöglichen. In diesem Kontext ist auch die Ehrenamtpauschale ein wichtiger Baustein, um Menschen mit geringen finanziellen Möglichkeiten die Übernahme eines Ehrenamtes zu ermöglichen. Denn eine Aufwandsentschädigung kann in bestimmten Bereichen eine angemessene Wertschätzung sein. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die Ehrenamts- an die Höhe der Übungsleiterpauschale anzugleichen.

6. Wie wollen Sie erforderliche Digitalisierungsmaßnahmen im Kulturbereich unterstützen? Wie wollen Sie die faire Vergütung einer digitalen Nutzung von Werken auf Bundes Ebene ermöglichen? Welche Initiativen planen Sie auf internationaler Ebene zum Schutz der Urheberrechte?

Ein Schwerpunkt unseres Investitionsprogramms wird die Digitalisierung sein. Davon wird auch der Kulturbereich profitieren. In den Programmen der Existenzgründungsförderung werden wir den Innovationsbegriff erweitern, sodass auch digitale Projekte aus der Kultur- und Kreativwirtschaft stärker Berücksichtigung finden. Für die faire Vergütung muss die Position der Urheber*innen u.a. im Urhebervertragsrecht gestärkt werden. Dazu schlagen wir GRÜNE u.a. vor, dass Pauschalvergütungen begründet werden müssen und eine Verbandsklagemöglichkeit bei Verstößen gegen das Gebot der angemessenen Vergütung eingeführt wird. Für eine faire und angemessene Mindestvergütung dürfen Verwertungsgesellschaften eine abweichende Verteilung nicht festlegen. Wir heben die Beteiligung der Urheber*innen an Leistungsschutzrechten auf mindestens 50 Prozent.

7. Wie stehen Sie zum Vorschlag eines Förderprogramms, das sowohl die Unterstützung digitaler Werkverzeichnisse als auch Depots zur Bewahrung künstlerischen Erbes zum Ziel hat? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie dem Gender Show Gap entgegenwirken? Wie wollen Sie den Erhalt von Kunst am Bau unterstützen?

Wir GRÜNE unterstützen die Idee eines solchen Förderprogramms als wichtige Maßnahme zur Bewahrung unseres kulturellen Erbes. Bei der Besetzung von Intendanten, bei staatlich geförderten Kulturbetrieben und Veranstaltungen, bei der Vergabe von Stipendien und in Jurys werden wir eine Frauenquote einführen. Diese Quotenregelung hätte zur Folge, dass in öffentlich geförderten Museen und Ausstellungen Frauen deutlich sichtbarer werden. Im Rahmen der Denkmalschutzprogramme werden wir uns für den Erhalt von Kunst am Bau einsetzen.

8. Wie wollen Sie die einzigartige Kulturlandschaft in Deutschland in ihrer Vielfalt erhalten?

Kultur ist weit mehr als ein Sahnehäubchen für gute Zeiten. Wie sich während der Pandemie gezeigt hat, ist sie ganz entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Persönlichkeitsentwicklung jedes und jeder Einzelnen. Kultur lässt uns fühlen, wer wir sind und sein können, was wir brauchen und wirklich wollen. Wir verweisen deshalb auf die unter Punkt 1 genannten Punkte. Im Kulturföderalismus braucht es dabei aber auch die Unterstützung der Länder und Kommunen; denn es muss verhindert werden, dass sich diese aus der Kulturförderung, gerade bei knappen Kassen nach Corona, herausziehen und ihre Verantwortung an den Bund abschieben.